Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11167**

18. Wahlperiode 14.02.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Für eine neue Ostpolitik Deutschlands

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In den deutsch-russischen Beziehungen herrscht Eiszeit. Sanktionen und Gegensanktionen bestimmen das Bild. Die Politik der Sanktionen und der Gesprächseinschränkungen ist gescheitert. Eine Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, zwischen der EU und Russland ist unverzichtbar.
2. Die deutsch-russischen Beziehungen waren immer ausschlaggebend für Sicherheit und Entspannung in ganz Europa. Die Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen liegt im Interesse aller friedliebenden Menschen in Deutschland und Russland. Sie sind auch im Interesse gesamteuropäischer Politik.
3. Vieles in den deutsch-russischen Beziehungen erinnert an Zeiten des Kalten Krieges. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten.
4. Die Erinnerung an 27 Millionen durch den faschistischen Krieg ermordete Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion, darunter viele Russinnen und Russen, sollte bestimmend für den besonderen Stellenwert der deutsch-russischen Beziehungen sein. Der Roten Armee, den Ländern der Sowjetunion als Teil der Anti-Hitler-Koalition verdankt Europa und verdankt Deutschland in besonderem Maße die Befreiung vom Hitlerfaschismus.
5. Bis 1990 herrschte in Europa eine der längsten Phasen nichtkriegerischen Zusammenlebens, allerdings immer unter der Drohung der Möglichkeit gegenseitiger Vernichtung. Die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin und vor allen Dingen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schufen für diesen Status die rechtliche und vertragliche Grundlage und ermöglichten eine Politik der friedlichen Koexistenz in Europa, deren Ergebnisse noch heute spürbar sind. Der Jugoslawienkrieg und aktuell der Krieg in der Ukraine haben jedoch gezeigt, dass die jetzige geostrategische Dominanzpolitik die Gefahr kriegerischer Konflikte in Europa, in die die Großmächte Russland und die USA einbezogen sind, akut werden

lassen. Der Grundkonsens deutscher Politik, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, ist seit dem vielfach gebrochen worden.

6. Mit der deutschen Vereinigung und dem Konzept des gemeinsamen europäischen Hauses hätten Spaltungen in Europa überwunden werden sollen. Dies ist nicht gelungen. Europa ist in mehrfacher Hinsicht erneut gespalten – sozial, ökonomisch, außen- und sicherheitspolitisch. Die Konflikte in Europa und an seinen Grenzen wie auch globale Konfliktsituationen vom Nahen Osten bis Afghanistan können nur in Zusammenarbeit mit Russland gelöst werden.
7. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes erwarteten viele Menschen in allen Teilen Europas einen Abbau der Strukturen der NATO und damit eine Auflösung des westlichen Militärbündnisses. An die Stelle der NATO hätten nichtmilitärische Organisationen wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) treten können. Die Europäische Union und die Eurasische Wirtschaftsunion sollten keine Bollwerke gegeneinander, sondern Brücken und Vertragspartner miteinander werden. Nur wenige Organisationen, wie zum Beispiel der Europarat, umfassen Mitgliedsstaaten in allen Teilen Europas. Die Pariser Akte der OSZE bleibt nach wie vor eine Herausforderung, an der sich europäische und so auch deutsche Politik orientieren muss.
8. Der Vorschlag des damaligen russischen Präsidenten Dmitri Anatoljewitsch Medwedew, Verhandlungen über ein kollektives Sicherheitssystem in Europa aufzunehmen, blieb im Wesentlichen unbeantwortet. Er zielte auf die Vermeidung geopolitischer Konflikte ab. Von beiden Seiten in Europa – Ost wie West – ist eine Rückkehr zum Völkerrecht und zur Abrüstung dringend geboten.
9. Eine große Mehrheit der Menschen in unserem Land wünscht eine Politik der friedlichen Koexistenz und guten Nachbarschaft mit Russland und ist sich im Klaren darüber, dass dies Verlässlichkeit und politischen Kooperationswillen auf Seiten des Westens voraussetzt. Seinerzeit ermöglichte erst eine aktive Haltung der damaligen Sowjetunion die deutsche Vereinigung. Trotzdem wurde die NATO weiter gen Osten ausgedehnt, so dass sie heute an der russischen Westgrenze steht. Auch Bundeswehreinheiten sind an der Westgrenze Russlands stationiert. Hinzu kommt, dass das strategische Gleichgewicht durch den NATO-Raketenabwehrschirm, der auf die Neutralisierung der russischen Zweitschlagkapazität zielt, außer Kraft gesetzt werden soll.
10. Beidseitige militärische Abrüstungsmaßnahmen haben effektiv nur in den 1990er Jahren stattgefunden. Das westliche Militärbündnis NATO und die am Westen orientierten Staaten einerseits sowie Russland andererseits stehen sich heute hoch- und modern gerüstet gegenüber.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses vorzulegen, im Rat der Europäischen Union die Verlängerung der Sanktionen gegen die Russische Föderation abzulehnen;
2. an der Konzeption für eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu arbeiten. Diese Konferenz muss den veränderten Bedingungen in Europa Rechnung tragen, wiederum die USA und Kanada einbeziehen und auf der Basis der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorbereitet werden;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

3. sich unmissverständlich gegen Konzepte eines „Regime Change“ in Russland auszusprechen und unbewiesenen Vorwürfen und Propaganda-Aktionen entgegenzutreten, die eine Feindschaft zwischen dem Westen und Russland befeuern sollen, unabhängig davon, ob sie aus den USA, Russland oder anderen europäischen Staaten kommen;
4. sich für die Überprüfung aller Körbe der Helsinki-Konferenz von 1973 einzusetzen und dabei
   - den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen europäischen Ländern und Regionen anzustreben, mit dem Ziel, dass Staaten der östlichen Partnerschaft und Serbien nicht vor die Wahl zwischen freiem Marktzugang zur EU oder zu Russland gestellt werden. Die von der Bundesregierung in der Vergangenheit vorgelegte Modernisierungspartnerschaft mit Russland sollte wieder aufgenommen werden,
   - für Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Reduzierung strategischer und taktischer Atomwaffen in Europa, der Senkung von Anzahl und Ausrüstung militärischer Formationen und der Verhinderung eines neuen Raketensystems in Zentraleuropa. In Fünf-Jahres-Abschnitten sollten konkrete Abrüstungsvereinbarungen und deren Kontrolle vorgeschrieben werden;
5. im Minsk-Prozess von allen Seiten nachdrücklich die Umsetzung der Verpflichtungen einzufordern und dem Narrativ einer russischen Aggression als Ursache des Konflikts entgegenzutreten, da der Konflikt zunächst durch innenpolitische Entwicklungen in der Ukraine entstanden ist und dann durch Einflussnahme von außen verstärkt wurde;
6. das Ziel einer neuen Sicherheits- und Entspannungspolitik in Europa, der Überwindung und letztlich Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein ziviles kollektives Sicherungssystem unter Einschluss von Russland zu verfolgen. Um dies zu erreichen, muss als Erstes eine Vereinbarung getroffen werden, keine neuen Mitglieder in die NATO aufzunehmen und die Stationierungslinie von NATO-Kräften auf das Maß zurückzuführen, das bei der deutschen Vereinigung verhandelt wurde. Ein Rückzug Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO wäre ein einseitiges, jedoch sinnvolles Signal für eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik in Europa;
7. eine neue Ostpolitik Deutschlands und eine neue Westpolitik Russlands durch entsprechende Verträge zwischen beiden Staaten und vertragliche Vereinbarungen zwischen Russland und der Europäischen Union zu stützen und dafür einzutreten, dass beidseitig zwischen EU und Russland Visafreiheit vereinbart wird. Es sollen Vereinbarungen über Studienförderung und Studierendenaustausch getroffen werden. Ein Vertrag sowie die Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel für einen gesamteuropäischen Jugendaustausch könnten eine neue Etappe gesamteuropäischer Politik für junge Menschen erfahrbar machen.

Berlin, den 14. Februar 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.